



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht über die Realisierung von BIOTOPIA

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung berichtet dem zuständigen Ausschuss für Wissenschaft und Kunst umgehend über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der Umsetzung des Projektes BIOTOPIA. Dabei ist insbesondere einzugehen auf

- die aktuellen Fortschritte in der inhaltlichen Planung des Konzepts,
- die aktuellen planerischen Fragen, inkl. der Erstellung einer PU-Bau-Vorlage (PU=Projektunterlage),
- den aktuellen Kostenplan und die Kostenentwicklung,
- die Berücksichtigung von Belangen des Denkmalschutzes bei der Realisierung von BIOTOPIA,
- den momentanen Zeitplan zur Realisierung des Projekts,
- die Einbeziehung der Landeshauptstadt München in das Projekt.

Begründung:

2012 wurde mit BIOTOPIA ein neues Konzept für ein Naturkundemuseum des Freistaates angekündigt. Ein großer Aufbaustab arbeitet mittlerweile gemeinsam mit der Staatsregierung und auch der Landeshauptstadt München an dem Projekt. Im September dieses Jahres soll das bisherige Museum Mensch und Natur schließen, da es nach eigener Aussage mit sehr begrenzten Flächen und schlechter Infrastruktur zu kämpfen hat.

Im zuständigen Bezirksausschuss 09 der Landeshauptstadt München werden aktuell planerische sowie konzeptionelle Pläne für die Realisierung von BIOTOPIA vonseiten des Freistaates vorgestellt und diskutiert. Gleichzeitig wurde in den vergangenen Wochen nun in der Presse berichtet, das Projekt BIOTOPIA stehe auf der Kippe. Dabei gibt es bislang im Bayerischen Landtag keinen neuen Informationsstand oder einen Beschluss zur Beendigung dieses bereits begonnen Projektes. Auch der Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst wird in einem Zeitungsartikel als Unterstützer einer Petition gegen dieses vom Landtag beschlossene Projekt genannt. Die Staatsregierung sollte daher baldmöglichst den Landtag über den aktuellen Projektstand informieren.